

Bessere Klimapolitik durch Geschlechtergerechtigkeit?! Bericht über den Abschlussworkshop

von Kirsten Heininger

Am 26. Oktober 2018 fand der Abschlussworkshop des Projekts [TITEL PROJEKT) unter dem Titel „Bessere Klimapolitik durch Geschlechtergerechtigkeit?! Instrumente, Beispiele, Synergien und Tradeoffs“ in Berlin statt, an dem etwa 70 politische Entscheidungsträger*innen, Forschende und Repräsentant*innen von NGOs teilnahmen. Marlene Sieck, Gleichstellungsbeauftragte des Umweltbundesamtes, leitet die Veranstaltung ein und sprach von der Phantasie, der es bedarf um das Thema handhabbarer zu machen und Gendergerechtigkeit umzusetzen.

Im Anschluss stellten Mitarbeiterinnen des Forschungsteams die Ergebnisse des Projekts vor. Gotelind Alber (GenderCC) begann mit der Darstellung der Erfolge bei der Integration von Gender in den UNFCCC-Prozess (United Nation Framework Convention on Climate Change / Klimarahmenkonvention). Ab 2003 wurden dort erste Schritte unternommen, um Gender-Belange zu berücksichtigen, bis heute hat die Thematik dort erheblich an Terrain gewonnen. Gendergerechtigkeit wird z.B. in der (völkerrechtlich nicht verbindlichen) Präambel des Pariser Klimaabkommens (COP 21 2015) aufgeführt. Der Gender Action Plan, der auf der COP 23 in Bonn 2017 verabschiedet wurde, ist da weitaus konkreter. Alber verweist aber darauf, dass weiterhin die Gefahr der Stereotypisierung besteht, indem Frauen im globalen Süden auf die Vulnerabilität reduziert werden und die meisten UNFCCC-Beschlüsse auf Geschlechterparität bei der Beteiligung reduziert sind. Darüber hinaus bemängelt sie, dass in den klimapolitischen Beschlüssen die strukturellen Ursachen von Ungleichheit nicht angesprochen werden und z.B. in der sogenannten „Just-Transition“-Debatte das Thema der Sorgearbeit fehlt. Sie erwähnt aber auch den Fortschritt im Gender Action Plan, wonach Mandate konkreter umgesetzt werden sollen.

Ulrike Röhr (GenderCC, genant) stellte die wesentlichen Ergebnisse des [Literaturreviews](#) vor. Auffällig sei, dass zum Energie in all seinen Facetten immer mehr Aufmerksamkeit aus der Genderperspektive gewinnt - ein Thema, was bis vor wenigen Jahren kaum unter Geschlechteraspekten beforscht wurde. Wasser wird dagegen am seltensten thematisiert, mit Ausnahme des Hochwassers - das in ihrer Systematik dem Katastrophenschutz zugeordnet ist. Beim Thema Katastrophenschutz fällt auf, dass hier auch aus der Maskulinitätsperspektive geforscht wird. Wogegen insgesamt der Differenzansatz und damit die schlichte Gegenüberstellung von weiblichen und männlichen Einstellungen oder Verhaltensweisen dominiert und damit die Gefahr der Reproduktion traditioneller Geschlechterverhältnisse besteht. Positiv hebt sie Studien aus skandinavischen Kommunen und auch vielen weiteren Ländern hervor, in denen ein positiver Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit und einem niedrigen CO₂-Fußabdruck nachgewiesen wird: je geschlechtergerechter eine Kommune oder ein Land, desto geringer der Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß.

Meike Spitzner (Wuppertal Institut) stellte im Anschluss die sieben Genderdimensionen vor, die im Projekt erarbeitet bzw. aus verschiedenen Ansätzen der Projektpartner*innen zusammengeführt wurden. Unterlegt mit Fragen fungieren sie als Analyseraster für eine geschlechtergerechte Klimapolitik. Sie stellt fest, dass die Klimapolitik durch einen institutionalisierten Androzentrismus geprägt sei, den es aufzudecken gelte und wirft die Frage auf, welches Wissen ignoriert wird, wenn Klimaprozesse analysiert und Handlungsoptionen erörtert werden. Sie spricht sich für einen integrierten Ansatz aus, der alle Genderdimensionen berücksichtigt. Grundsätzlich identifiziert Spitzner ein Implementierungsdefizit in der Klimapolitik in Bezug auf Gendergerechtigkeit. Die dafür nötigen Daten gelte es regelmäßig zu erheben, so sollten z.B. Zeitbudgetstudien parallel zum BIP erhoben werden, um damit die Möglichkeit zu schaffen, nicht nur die Erwerbsökonomie, sondern auch die Sorgeökonomie im BIP abzubilden.

Zum Ende des Vormittags gibt Ilka Wagner (BMU) einen kleinen Einblick in die Realität des Gender Mainstreamings (GM) in den Ministerien im Bereich der Klimapolitik. Sie betrachtet die wesentlichen gesetzlichen Instrumente und hier vor allem das Klimaschutzgesetz, das im Frühjahr 2019 vom Bundestag verabschiedet werden soll und mit dem die im Klimaschutzprogramm 2050 und dem zur Umsetzung erarbeiteten Maßnahmenprogramm 2030 definierten Ziele und Maßnahmen festgeschrieben werden sollen. Das Maßnahmenprogramm 2030 wird aktuell einer Folgenabschätzung unterzogen, die soziale Wirkungen betrachtet, aber ohne Einbeziehung von Genderaspekten. Wagner stellt fest, dass das Gender Impact Assessment (GIA) bisher keine große Rolle bei der Entwicklung von Maßnahmen und Programmen spielte und nicht von Anfang an, auch nicht bei der Datenerhebung, mitgedacht werde. In Bezug auf Gender Mainstreaming gäbe es kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Sie wünscht sich vom Forschungsprojekt, dass Überlegungen und Vorschläge gemacht werden, wie man bei der Genderthematik über den engen Kreis der bereits Überzeugten hinaus kommen kann.

Nach der Mittagspause gibt Dr. Immanuel Stieß (ISOE) einen Überblick über GIA-Instrumente und stellt fest, dass Südkorea dabei schon recht weit sei und die Anwendung gesetzlich verankert hat. Das Instrument dient zum Abbau von Geschlechterhierarchien, Gender sei dabei eine interdependente Kategorie. Dabei sollten zunächst Genderaspekte und dann soziale Aspekte kontextspezifisch betrachtet werden. Die im Projekt erarbeitete Arbeitshilfe geht von den drei Gendergruppen weiblich, männlich und divers aus. Das GIA wird in zwei Schritten durchgeführt: nach einer Relevanzprüfung (einschließlich Begründung, warum die analysierte Maßnahme aus Genderperspektive relevant oder nicht relevant ist), folgt die sehr umfangreiche Hauptprüfung, bei der die am Vormittag durch Meike Spitzner vorgestellten Genderdimensionen abgearbeitet werden.

Prof. Dr. Ines Weller (Universität Bremen) weist darauf hin, dass Klimaschutzaktivitäten je nach sozialer Gruppe unterschiedliche Auswirkungen haben, welche in den Planungsprozessen berücksichtigt werden müssen. Als problematisch stuft sie ein, dass Genderstatistiken meistens binär strukturiert seien. Darüber hinaus hält sie ein Monitoring für wichtig, um zu erfassen was mit den Empfehlungen aus dem GIA passiert.

Nach diesen Inputs teilte sich die Gruppe in drei Workshops, um das Instrument GIA für den Klimabereich anhand von beispielhaften Kontexten zu erproben. Bei der Auswertung wurde deutlich, dass GIA ein umfangreiches Instrument darstellt und nicht einfach zu handhabendes Instrument darstellt. Um dessen komplexe Anforderungen gerecht zu werden und die Fragen aus der Arbeitshilfe abzuarbeiten, hätte es bei der Erprobung mehr Zeit für die Bearbeitung der Beispiele gebraucht.

Im zweiten Teil des Workshops stellte Martin Baumhauer (Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport, Österreich) ein Programm vor, das in österreichischen Ministerien genutzt wird, um Genderdimensionen in alle Projekte zu integrieren. Dies muss zwar verpflichtend eingesetzt werden, bleibt aber in aller Regel eher an der Oberfläche. So lässt sich auch erklären, dass es bisher keine 'best practise' gibt, mit denen der Mehrwert einer erfolgreichen Integration von Gender belegt werden könnte.

Auf dem Abschlusspodium wurde erneut Bezug darauf genommen, dass mit dem GIA kreativ umgegangen werden sollte. Förderrichtlinien könnten einen starken Einfluss auf Gender Mainstreaming in der Klimapolitik ausüben, indem sie die Berücksichtigung von Genderaspekten einfordern und evaluieren. Die Podiumsteilnehmerinnen verwiesen auch darauf, dass eine ambitionierte Klimapolitik an sozialen bzw. Gender-Aspekten scheitern kann, wenn hierfür nicht die entsprechenden Prioritäten gesetzt würden, aber auch, dass die Interdependenzen der unterschiedlichen Genderdimensionen berücksichtigt werden müssen. Auch hier wurde wieder die Frage nach guten Beispielen laut.